

1/2013
**WELTERNÄHRUNG &
EU-AGRARREFORM**

**Hungernde im Abseits.
G8 hofiert Konzerne.** Seite 2

**Trendanalyse Ernährungs-
sicherung: Die Risiken
nehmen zu!** Seite 2

**WTO: Veränderung trotz
Stillstand.** Seite 4

EDITORIAL



Klemens van de Sand

Vorstandsmitglied
von Germanwatch

Liebe Leserin, lieber Leser,

die globalen Herausforderungen für die Ernährung der Weltbevölkerung werden immer größer: Negative Auswirkungen eines sich ändernden Klimas werden sichtbar, die Nachfrage nach Futter- und Energiepflanzen steigt und die Konflikte um Agrarland nehmen zu. Um in diesem Kontext den Hunger effektiv bekämpfen zu können, sind grundlegende Änderungen in Landwirtschaft und Agrarpolitik nötig.

Die Reformansätze hierfür sind allerdings so zaghaft und uneinheitlich. Immerhin hat die EU sich im Grundsatz darauf verständigt, einen größeren Teil der Subventionen an – wenn auch sehr weiche – ökologische Kriterien zu binden. In Afrika haben einige Länder begonnen, mit allen Interessensgruppen über eine Neuausrichtung der Landwirtschaft im Sinne des Weltagrarberichts zu beraten (s. Seite 3). Gleichzeitig setzt die EU aber weiter auf den Export von billigen Fleisch- und Milchprodukten, was die Existenz vieler Bauern in Entwicklungsländern gefährdet, und die G8 fördern eine ressourcenintensive Agrarindustrie als Beitrag zur Hungerbekämpfung.

Diese Entwicklungen in EU und G8 halten wir für bedenklich – und setzen uns mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für eine zukunftsfähige, d. h. ressourcenschonende und bäuerliche Landwirtschaft ein.



Mit besten Grüßen
Klemens van de Sand

Reformen als leere Hülle

Umsetzung in Mitgliedstaaten entscheidend für Fortschritte in der Europäischen Agrarpolitik

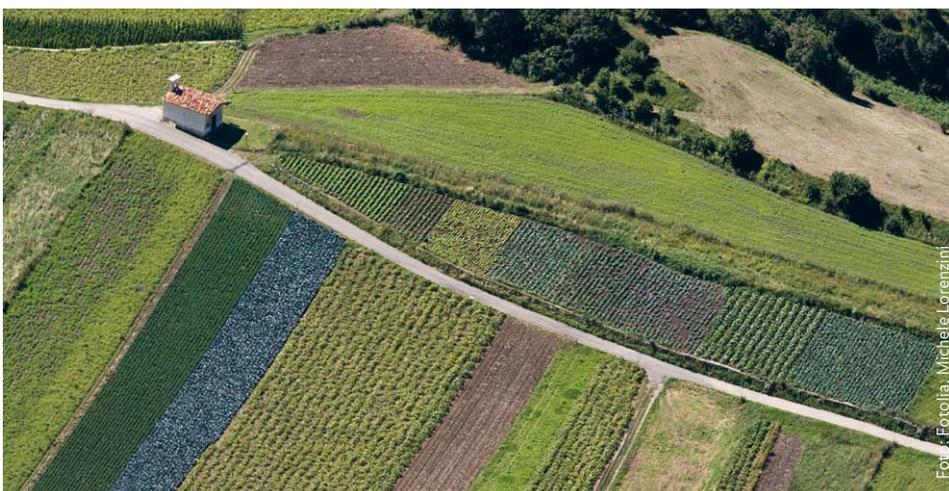


Foto: Fotolia, Michele Lorenzini

Ganz und gar keine Monokultur: Kleinere Bauernhöfe mit Fruchtwechsel und ökologischen Vorrangflächen sollen von der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik profitieren.

Rat, Parlament und Kommission der EU Reinigen sich auf eine Reform, die Subventionen etwas stärker an ökologische Kriterien bindet. In der Praxis sind aber wenige Änderungen zu erwarten. Die deutsche Regierung muss nun über Fortschritte bei der Umverteilung von Geldern entscheiden.

Frage an Radio Eriwan: Wird die Europäische Agrarpolitik mit der jüngsten Reform „grüner und gerechter“? Antwort: Im Prinzip ja, aber die neuen ökologischen Auflagen sind so schwach, dass die allermeisten Landwirte sie ohnehin einhalten. Und die Mitgliedsländer können die Subventionen gerechter gestalten, müssen es aber nicht.

Viele erinnern sich noch an die Witze über Radio Eriwan, das alle Hörerfragen zunächst bejaht, um anschließend klarzustellen, dass das Gegenteil zutrifft. Das beschreibt die Ergebnisse der vorläufigen Einigung zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union. Agrarkommissar Dacian Cioloș hatte einen Systemwechsel vorgeschlagen. Er wollte die 50 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt in Zukunft vom Beitrag der Betriebe zu Ökologie („Greening“), Beschäftigung, ländlicher Entwicklung und Strukturvielfalt abhängig machen. Bisher wird der größte Teil der Zahlungen ohne qualitative Kriterien vergeben. Das Greening fiel moderat aus: Landwirte sollten bei der vollen Auszahlung der Prämie

- Monokulturen vermeiden, die Bodenfrucht-

barkeit und biologische Vielfalt gefährden, und dazu auf ihrer Betriebsfläche immer zumindest drei verschiedene Pflanzen anbauen, dabei höchstens 70 % von einer Art.

- Sie sollten Dauergrünland – Wiesen und Weiden – erhalten.
- 7 % der Betriebsfläche sollten „ökologische Vorrangfläche“ sein, also umwelt- und naturverträglich genutzt werden.

Die Kommission wollte die Zahlungen für Großbetriebe, die mehr als 150.000 Euro erhalten, reduzieren, bei 300.000 Euro deckeln und die so eingesparten Mittel in den Fonds für ländliche Entwicklung stecken. Betriebe, die viele Arbeitskräfte beschäftigen, sollten von dieser Regel ausgenommen werden.

Weniger Reformeifer zeigte Cioloș beim Fonds für ländliche Entwicklung. Er sollte weiter so unterschiedliche Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit, Ökolandbau und Klimaschutz finanzieren – wobei die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, wo sie Schwerpunkte setzen.

Agrarlobby verwässert Reformvorschläge der Kommission

Konservative Bauernverbände – mit an der Spitze der Deutsche – und Agrarindustrie liefen gegen Greening und Umverteilung Sturm. Wie gewohnt stießen sie in den Landwirtschafts- ▶

ministerien auf offene Ohren. Auch das Europäische Parlament, nach dem reformierten EU-Vertrag erstmals in die Entscheidung eingebunden, erwies sich als Bremser.

Der große öffentliche und zivilgesellschaftliche Druck führte dazu, dass die Grundzüge des Reformvorschlags erhalten blieben.

Beim Greening:

- sind Betriebe unter 10 ha ganz vom Fruchtwechsel ausgenommen, für Betriebe unter 30 ha reicht es, zwei Pflanzenarten anzubauen, und Betriebe über 30 ha können drei Viertel der Fläche für eine Pflanzenart nutzen. Damit können sie drei Jahre in Folge auf demselben Stück Land dasselbe anbauen. Das ist noch zu nahe an der Monokultur.
- können die Mitgliedstaaten entscheiden, ob Dauergrünland nur im regionalen Durchschnitt oder auf jedem Betrieb erhalten werden muss. Eine nur regionale Vorgabe gefährdet jedoch wichtige ökologische Funktionen.
- muss ein Betrieb nur 5 % der Ackerfläche statt 7 % der Gesamtfläche als ökologische Vorrangflächen ausweisen und die Definition dessen, was „ökologisch“ ist, wird stark gedehnt. Die EU prüft, ob sie ab 2017 die ökologischen Vorränge auf 7 % anheben soll.

Durch die Reform haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, kleinere Betriebe stärker zu fördern. Sie können bis zu 30 % der Mittel für die Direktzahlungen umverteilen und als Zusatzprämie für die ersten 30 ha (oder weniger) jedes Betriebs zahlen. Das würde kleineren Betrieben nutzen und, da die Gesamtsumme gleich bleibt, automatisch zu verringerten Zahlungen für Flächen über 30 ha und damit an Großbetriebe führen. Eine zusätzliche

Deckelung der Zahlungen ist auf nationaler Ebene ebenfalls möglich.

Keine entwicklungspolitischen Fortschritte

Ein positiver Vorschlag des Europäischen Parlaments zum Milchmarkt wurde nicht aufgegriffen. Bei Preiskrisen sollten Milchbauern einen Anreiz bekommen, die Erzeugung zu drosseln, damit Angebot und Nachfrage schneller wieder ins Lot kommen. Dadurch wäre auch der Export von billigen Überschüssen auch in Entwicklungsländer besser zu vermeiden. Vor allem die deutsche Bundesregierung hat diese Maßnahme verhindert und damit die exportorientierte Ernährungsindustrie auf Kosten der Erzeuger gestützt.

Auch die entwicklungspolitisch besonders problematischen Exportsubventionen sollen als Instrument erhalten bleiben. Zwar wird der Haushaltsansatz voraussichtlich auf Null gesetzt, aber wenn die Agrarlobby Druck macht, können Kommission und Rat dies schnell wieder ändern. Auch scheiterte der Beschluss von Maßnahmen, mit denen die EU wenigstens systematisch beobachten könnte, wie ihre Landwirtschaft die der Entwicklungsländer beeinflusst. Ein deutlich wirksameres Greening hätte die Möglichkeiten der EU wenigstens indirekt beschränkt, billige Lebensmittel zu exportieren. Davon dürfte jetzt nichts mehr spürbar sein.

Die größte Schwachstelle der beschlossenen Reform besteht darin, dass sie die industrielle und zunehmend exportorientierte Tierhaltung weder direkt noch indirekt begrenzt. Dabei ist diese nicht nur für die Tiere katastrophal,

sondern auch für große Probleme beim Klima- und Gewässerschutz verantwortlich. Zudem verdrängt sie – auch ohne direkte Exportsubventionen – Kleinproduzenten von Milch und Fleisch in Entwicklungsländern vom Markt. Zu verlockend ist die Aussicht, die wachsende Nachfrage nach Fleisch und Milch in Entwicklungs- und Schwellenländern für mehr europäische Exporte zu nutzen. Gleichzeitig verdrängt sie auch in Deutschland und EU-weit bäuerliche Tierhaltungsstrukturen weiter.

Umsetzung entscheidend

Jetzt kommt es auf eine nationale Umsetzung im Sinne von bäuerlicher Landwirtschaft und Umwelt sowie globaler Verantwortung an. Dazu muss die Bundesregierung:

- die Möglichkeit, kleinere Betriebe stärker zu fördern, voll ausschöpfen,
- Mittel von den Direktzahlungen umschichten, damit der Fonds für ländliche Entwicklung nicht schrumpft, und dabei einen kürzungsfreien Freibetrag je Betrieb vorsehen, um kleinere Betriebe nicht über Gebühr zu benachteiligen,
- Mittel des Fonds vor allem für Ökologie, Klimaschutz und regionale Wirtschaft nutzen, statt für Investitionen in höhere Produktion,
- Nationale Gesetze im Umwelt-, Bau-, und Planungsrecht nutzen, um die industrielle Tierhaltung zu begrenzen.

Frage an Radio Eriwan: Stimmt es, dass die GAP nicht reformierbar ist? Antwort: Im Prinzip ja, aber in den Mitgliedstaaten gibt es noch eine Chance.

*Tobias Reichert, Germanwatch,
und Berit Thomsen, Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft (AbL)*

Hungernde im Abseits

Die Gruppe der acht größten Industrienationen (G8) hofiert Konzerne anstatt sie zu kontrollieren

Skurril waren die Bilder vom letzten G8-Gipfel im Juni in Irland. Absperanlagen wurden mit irischen Landschaftsmotiven behängt und Fenster verlassener Gaststätten mit geselligen Kaffeehaussenzen beklebt. Alles nur Fassade. Auch die Hungerbekämpfung diente den G8-Regierungen vor allem als Fassade für die Interessen ihrer Agrar- und Ernährungsindustrie.

Allianz mit Konzernen ausgebaut – Diskriminierung der Betroffenen auch

Auf dem Gipfel vor einem Jahr wurde die *New Alliance for Food Security and Nutrition* von

der G8 ins Leben gerufen. Sie soll Privatinvestitionen in die Landwirtschaft fördern und damit in zehn Jahren 50 Millionen Menschen in Afrika aus der Armut helfen. Von Beginn an wurde sie scharf von Zivilgesellschaft und Bauernorganisationen in Afrika kritisiert. Kern der Kritik ist, dass Konzerne wie Monsanto und BASF nicht nur ihre Lösungen anbieten, sondern mit am Tisch sitzen, wenn die Probleme definiert werden. Auf die Zielgruppe und deren Kritik und Lösungsansätze hört man nicht. Entsprechend will die Allianz das Investitionsklima in menschenrechtlich sensiblen Bereichen wie Saatgut und Land verbessern und Investitionsrisiken durch staatliche Dienstleistungen reduzieren. Sie betont zwar, dass auch viele mittelständische na-

tionale Firmen beteiligt sind, aber oft sind dies Subunternehmen oder Vertragspartner der transnationalen Konzerne.

Der Gipfel blieb von dieser Kritik unbeeindruckt und baute die „Allianz der Mächtigen“ durch vier neue Partnerländer weiter aus. Die Bundesregierung wird diese Allianz mit der Länderkooperation mit Benin noch stärker unterstützen.

Transparentes Land Grabbing

Die G8 wollen sich auch in die Debatte zum Thema Land und Land Grabbing (Landaneignung) einbringen – ebenfalls aus der „pro-business“-Perspektive. Mit einer Landtransparenziniti- ▶

ative (LTI) sollten ursprünglich Investoren durch vage und unverbindliche Transparenzkriterien aus der Schmutzdecke der Land Grabber heraus. Nachdem es auch hier massive Kritik vor allem von afrikanischen Bauernorganisationen aber auch von Wissenschaftlern und Nichtregierungsorganisationen hagelte, präsentierte die G8 nun eine veränderte Version. Diese betont zunächst die Bedeutung der neuen Leitlinien zu Land, die im Mai letzten Jahres im UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit angenommen wurden. Sie beschreiben menschenrechtssensibel, was Staaten tun können, um den Zugang zu Land auch für verletzte Gruppen abzusichern. Allein Italien hat jedoch erklärt, die Umsetzung dieser Leitlinien über die FAO zu unterstützen. Bauernorganisationen erhoffen sich so eine Umsetzung, die weniger von den einzelnen Geberinteressen dominiert ist.

Deutschland, Großbritannien, die USA, Frankreich und die EU haben dem gegenüber ähnlich wie bei der New Alliance bilaterale Länderpartnerschaften für „transparentere“ Landtransaktionen verabredet. Deutschland kooperiert demnach mit Namibia. Interessanterweise sehen die G8 ihr Engagement in diesem Bereich begründet, da es viele Investoren aus ihren Mitgliedsländern gibt. Deshalb forderten Nichtregierungsorganisationen von der G8 gerade eine Initiative, um intern diese In-

vestoren zu kontrollieren, auf menschenrechtliche Standards festzulegen und bei eventuellen Menschenrechtsverletzungen auch zur Rechenschaft zu ziehen. Dazu jedoch schweigen die Abschlussdokumente.

Roman Herre, FIAN Deutschland

Positionspapier des Forum Umwelt & Entwicklung zur G8 New Alliance:
www.kurzlink.de/newalliance



Foto: Fred Dett

Ernährungssouveränität und -sicherheit spielen für die Menschen in Afrika eine sehr große Rolle. Aber über den richtigen Weg dorthin herrscht nicht immer Einigkeit.

Klar zum Kurswechsel in der Landwirtschaft

Kenia, Senegal und Äthiopien machen nationale Agrarberichte

Mit dem Fazit „Weiter so ist keine Option“ machte der Weltagrarbericht 2008 deutlich, dass das bestehende Landwirtschaftsmodell ökologisch und sozial nicht nachhaltig ist. Drei afrikanische Länder haben jetzt, unterstützt von der Stiftung Biovision, einen Assessment-Prozess begonnen, der zu einem Kurswechsel in der Landwirtschaft führen soll. Die Erfahrungen daraus fließen auch in die Arbeit des UN-Komitees für Ernährungssicherheit (CFS) ein und sind von Bedeutung für die neuen nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals).

In Kenia und Senegal haben sich Vertreter von Bäuerinnen und Bauern, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und der Regierung an einen Tisch gesetzt, um gemeinsam diesen Kurswechsel anzugehen. Äthiopien soll im Herbst folgen. Ziel ist es, die Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion im Sinne der

Rio+20-Deklaration nachhaltig zu gestalten und dabei die Ernährungssituation zu verbessern. Es soll ein Prozess entwickelt werden, den auch andere Länder anwenden können. Auf der Basis des Ansatzes des Weltagrarberichts (www.weltagrarbericht.de) steht dabei der Dialog mit allen Akteuren sowie ein ganzheitlicher Zugang zur Thematik im Mittelpunkt.

Beim ersten Workshop in Dakar sagte der Landwirtschaftsminister Senegals, Abdoulaye Baldé, sein Land habe genaue Vorstellungen, wie ein „Kurswechsel Landwirtschaft“ der Entwicklung dienen könne: Senegal strebe Ernährungssouveränität an und wolle seine Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten reduzieren.

Das CFS hatte im vergangenen Jahr von der Rio+20-Konferenz das Mandat erhalten, Länder in der Analyse ihrer landwirtschaftlichen Strukturen und der Entwicklung einer nachhaltigen Agrarpolitik zu unterstützen. Die lau-

fenden Assessments in Afrika haben dafür Pilotcharakter und können die Arbeit des CFS unterstützen. Der angewendete Ansatz gewinnt noch an Relevanz, wenn im Jahr 2015 die Millennium-Entwicklungsziele durch neue globale Ziele für eine nachhaltige Entwicklung ergänzt werden. Die Assessments sind ein wichtiges Instrument, um wirksame Maßnahmen für die Ziele im Bereich Nahrungssicherheit, Ernährung und nachhaltige Landwirtschaft umsetzen zu können.

Dank der finanziellen Unterstützung durch die Schweizerische Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und die Stiftung Mercator Schweiz kann damit ein wichtiger Schritt hin zu einem ökologischen und fairen Landwirtschafts- und Ernährungssystem gemacht werden: Genügend und gesunde Nahrung für alle ist möglich.

Michael Brander, Biovision

Die Risiken nehmen zu!

Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung

Die Risiken für die Welternährung nehmen zu. Das ist die wesentliche Schlussfolgerung aus der dritten „Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung“, die Germanwatch demnächst vorlegt. Sie stützt sich auf folgende Faktoren:

1. Die Weltbevölkerung wächst, jedes Jahr sind 70 Millionen Menschen zusätzlich zu ernähren. Gleichzeitig wird Soja und Getreide zunehmend als Viehfutter genutzt, weil die Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern mit steigendem Einkommen mehr Fleisch und Milchprodukte verzehren. Die Zuwachsraten sowohl der Weltbevölkerung als auch des Fleischkonsums flachen zwar im Trend leicht ab. Weltweit ist die Pro-Kopf-Verfügbarkeit von Getreide aber rückläufig.

2. Die pro Kopf verfügbare Agrarfläche nimmt seit langem rapide ab. Das liegt nicht nur am Bevölkerungswachstum. Pro Jahr gehen etwa 17 Millionen Hektar verloren: durch rasante Urbanisierung, Erosion und Wüstenbildung als Folge von Wasser- und Bodenübernutzung, Klimawandel und Umweltverschmutzung. Auch die – für Klima und Artenvielfalt oft problematische – Gewinnung neuer Acker- und Weideflächen kann diesen Rückgang nicht „kompensieren“.

3. Immer mehr Agrarflächen dienen der Energiegewinnung. Die USA verarbeiten seit 2010 mehr Mais zu Ethanol als zu Tierfutter und fast viermal so viel wie zu Lebensmitteln. Die Importe von Agrarkraftstoffen in die EU

stiegen seit 2006 steil an und decken derzeit fast ein Fünftel des Agrosprit-Verbrauchs.

Da immer weniger Agrarflächen für Grundnahrungsmittel genutzt werden, lässt sich die zusätzliche Nachfrage nur durch mehr Produktion auf den vorhandenen Flächen befriedigen. Bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln aber nimmt die Produktivität nur noch sehr langsam zu: bei Reis in den letzten 12 Jahren um 0,9 % jährlich, bei Weizen stagnieren die Hektarerträge nahezu.

Ein künftig wohl immer wichtigerer Faktor für die Ernährungssicherung ist der Klimawandel. Die Wetterkatastrophen nehmen im Trend seit den fünfziger Jahren weltweit eindeutig zu. Stürme, Überschwemmungen und Dürren führen zu massiven Ernteeinbrüchen und Preisanstiegen für Nahrungsmittel, die vorwiegend die Armen treffen.

Auch wenn es für die Ernährungssicherung der Menschen wesentlich auf die jeweiligen Verhältnisse vor Ort ankommt, lassen sich doch einige Anforderungen an die deutsche und europäische Politik ableiten:

Im Konflikt zwischen Teller, Futtertrog und Tank muss die Ernährungssicherheit der Menschen vor Ort Vorrang erhalten. Beimischungsquoten und Zielvorgaben für Agrarenergie müssen sich am nachhaltigen Produktionspotenzial der europäischen Landwirtschaft orientieren. Sie dürfen nicht zum Anbau von Energiepflanzen auf Flächen in Entwicklungsländern füh-

ren, die für die Erzeugung von Nahrung benötigt werden oder als CO₂-Speicher (Wald und Weideland) unverzichtbar sind.

Massenproduktion und Export tierischer Produkte, die nur durch den Import von Soja und Getreide als Futter möglich sind, dürfen nicht mehr direkt oder indirekt gefördert, sondern müssen aktiv begrenzt werden. Fördern sollte Europa vielmehr die Produktivität insbesondere bäuerlicher Betriebe in Entwicklungsländern, vor allem in Afrika. Dazu bedarf es der Forschung und Beratung für eine klimaangepasste, diversifizierte, ressourcenschonende Landwirtschaft.

Klemens van de Sand

Trendanalyse zum Download voraussichtlich ab September:
www.germanwatch.org/de/7068



Hagelschäden auf einem Feld: Zunehmende Wetterkatastrophen beeinträchtigen die Ernteerträge.

Die Global Soil Week lenkt Aufmerksamkeit auf die vergessene Ressource Böden

Interview mit Dr. des. Jes Weigelt, Projektleiter am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) Potsdam

Was motiviert das IASS und seine Mitveranstalter, ein Jahr nach der ersten Global Soil Week (GSW) kommenden Oktober nun eine zweite zu veranstalten?

Es ist höchste Zeit, die Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Politik auf diese vergessene, in menschlichen Zeiträumen nicht



erneuerbare Ressource Boden zu lenken. Die ausgesprochen positiven Reaktionen auf die erste Global Soil Week und ihr Erfolg haben uns in unserer Einschätzung bestärkt, dass es eine immense Nachfrage nach einer solchen Plattform gibt, die diese Aufmerksamkeit schafft und den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Regierung und Wissenschaft zu dem Thema fördert.

Internationale Konferenzen beschäftigen sich meist mit grenzüberschreitenden Umweltproblemen wie Klimawandel oder Meeres- und Gewässerschutz. Was kann deren Beitrag bezüglich einer lokalen Ressource wie Boden sein?

Böden sind nur scheinbar eine lokale Ressource, sie stellen eine Reihe von globalen „Dienstleistungen“ bereit: Sie dienen als lebensnotwendiger Kohlenstoffspeicher, sind für den ►

Wasserkreislauf wichtig und natürlich entscheidend für die Ernährungssicherheit. Der Schutz dieser unverzichtbaren Funktionen verlangt internationale Kooperationen und Regelungen. Darüber hinaus gibt es viele konkrete Initiativen zum Bodenmanagement, welche auf der Konferenz besser vernetzt und gestärkt werden sollen. Dies wird ein Schwerpunkt unserer zweiten GSW sein, die wir unter dem Motto „Losing Ground?“ durchführen werden.

In welchen Bereichen der Bodennutzung sehen Sie die größten Probleme und wo sind die stärksten Konkurrenzen zwischen den Nutzungsformen?

Diese Frage lässt sich auf globaler Ebene sicher nicht generalisierend beantworten. Regional und je nach Kontext gibt es ganz unterschiedliche Probleme. Einige Beispiele: In Deutschland ist der Flächenverbrauch durch Urbanisierung und Infrastruktur ein zentrales Problem. In Brasilien dagegen gefährdet die Ausbreitung der industrialisierten Landwirtschaft die Bodenbiodiversität, in Kanada gehen große Flächen durch den Bergbau verloren. Mit der Global Soil Week wollen wir alle diese Aspekte und Sektoren gleichgewichtig diskutieren und Böden nicht nur als landwirtschaftliche Ressource betrachten.

Welche Rolle spielen bei der 2. GSW Tierhaltung und das Management von Grasland, die einen Großteil der weltweiten Bodennutzung ausmachen?

Die Frage des Bodenmanagements und der Agroökologie werden Schwerpunkte sein. Dabei wird nach der bisherigen Planung auch der Zusammenhang zwischen Ackerbau und Viehhaltung eine Rolle spielen. Der Fokus wird hier auf der Verschränkung von traditionellem Wissen und Praxiswissen sein. Dieses Wissen soll anerkannt, sichtbar gemacht und besser in Wissenschaft und Politik einbezogen werden. Die GSW will gerade beim gleichberechtigten Austausch solch unterschiedlicher Wissensformen ein geeignetes Forum bieten.

Mit dem dramatischen Anstieg der Agrarpreise 2008 nahmen private Investitionen in Land massiv zu. Welchen Konflikt sehen Sie zwischen diesen Investitionen und einer nachhaltigen Bodennutzung?

Soweit wir wissen, gibt es noch keine systematische Analyse der ökologischen Auswirkungen des Investitionsbooms. Die sozialen Wirkungen sind nach Aussagen vieler Fallstudien aber oft katastrophal, die potentiell positiven Wirkungen von Investitionen werden häufig nicht rea-

lisiert. Die 2. GSW wird dies thematisieren und Initiativen unterstützen, die versuchen, dieser Entwicklung entgegenzusteuern.

Welchen Beitrag kann internationale Zusammenarbeit zum Schutz und zur Nutzung von Böden spielen und in welchem Bereich wollen Sie mit der Global Soil Week besondere Akzente setzen?

Um das gerade angesprochene Problem der Investitionen in Land anzugehen, streben wir auf unserer 2. GSW eine Kooperation mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen an. Sie können ihre Erfahrungen in der Umsetzung rechtsbasierter Instrumente im Landbereich einbringen. Ein weiteres Beispiel: Im Anschluss an die Konferenz Rio+20 arbeiten wir mit Partnern daran, den Bodenschutz in die Diskussion um die „Sustainable Development Goals“ einzuspeisen. Für unser Institut, das IASS, geht es dabei neben dem Schutz der natürlichen Ressourcen immer gleichberechtigt auch um soziale Fragen wie Ernährungssicherheit und Zugang zu Land.

Interview: Tobias Reichert

Weitere Infos: Global Soil Week, 27.-31.10.2013 in Berlin, www.globalsoilweek.org

„Klimasmarte“ kleinbäuerliche Landwirtschaft

Fachgespräch verdeutlicht Synergien zwischen Klimaschutz und Ernährungssicherheit

Der Agrarsektor ist mit dem Klimawandel eng verbunden. Auf der einen Seite leiden Landwirte ganz besonders unter den Folgen des Klimawandels. Gerade in ärmeren Regionen stellen oft unvorhersehbare und ungewöhnliche Wetterereignisse die Ernährungssicherheit in Frage und rauben der Bevölkerung ihre Lebensgrundlage. Auf der anderen Seite sind Landwirtschaft und die durch sie verursachte Entwaldung für 30 Prozent der weltweiten klimawirksamen Gase verantwortlich.

Die UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO empfiehlt deshalb seit einigen Jahren eine so genannte „klimasmarte“ Landwirtschaft, die vor allem in Entwicklungsländern umgesetzt werden soll. Die „Climate Smart Agriculture/CSA“ soll einen dreifachen Nutzen erzielen: die Produktivität steigern, die Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels erhöhen und den Ausstoß klimaschädlicher Gase reduzieren. Marja Liisa Tapio-Biström von der FAO stellte diese drei Faktoren auf dem von der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Mai 2013 in Bonn durchgeführten Fachgespräch „Nachhal-

tige Landwirtschaft und Landnutzung im Kontext des Klimawandels“ vor. Sie betonte dabei, dass viele Maßnahmen verschiedenen Zielen zugleich dienen können. Bei klimasmarten Praktiken kann es sich um abwechslungsreichere Fruchtfolgen auf den Äckern, ein verbessertes Boden- und Wassermanagement, aber auch um Biogasproduktion handeln. Mit verschiedenen Programmen, darunter dem MICCA (Move towards Climate-Smart Agricultural Practices), stellt die FAO Daten und Analysemethoden zur Verfügung, damit Landwirte den Ausstoß von Klimagasen durch nachhaltige Anbaumethoden verringern können. 70 Prozent dieser Vermeidungsmaßnahmen sollen in Entwicklungsländern umgesetzt werden.

Die Gutachterin Dr. Christine Martins kritisierte auf derselben Tagung, dass das CSA-Konzept zu sehr auf Klimaeffekte fokussiere und Probleme der Agrarstruktur und der Artenvielfalt vernachlässige. Insbesondere könnten auch nicht-nachhaltige Praktiken wie Monokulturen als klimafreundlich identifiziert und gefördert werden. Besondere Risiken beständen beim Vorhaben, die Landwirtschaft in den Emissi-

onshandel zu integrieren, um damit „klimasmarte“ Methoden zu finanzieren. Der notwendige Nachweis der Emissionsminderung sei nur für Großbetriebe praktikabel. Für die Kleinbauern in den besonders verletzlichen Entwicklungsländern seien ihre eigene Anpassung an den Klimawandel und eine nachhaltige Erhöhung der Produktion ohnehin wichtiger als unsichere Einnahmen aus dem Emissionshandel.

Vor allem zum letzten Punkt erntete sie die Zustimmung von Tapio-Biström, die damit eine geänderte Einschätzung der FAO vertrat. Klimasmarte Methoden sollten nicht eingeführt werden, um Einnahmen im Emissionshandel zu erzielen, sondern weil sie die Produktivität gerade von Kleinbetrieben steigern und die Ernährungssicherheit verbessern. Daher verfolge das MICCA-Programm einen ganzheitlichen Ansatz und verlange eine Wiederbelebung der bäuerlichen Landwirtschaft. Die Gefahr, dass Flächen aus Klimaschutzgründen der Nahrungsmittelproduktion entzogen werden, erscheint damit deutlich geringer.

Kathrin Kühn

Sommeraktion von „WIR HABEN ES SATT!“ am 31. August 2013

Vor den Bundestagswahlen geht die „Wir haben es satt!“-Bewegung an einen Brennpunkt der Agrarindustrie: an den größten Geflügelschlachthof Europas in Wietze bei Celle in Niedersachsen, in dem 430.000 Hühner täglich geschlachtet werden sollen. Der Schlachthof ist ein Symbol für die verfehlte Agrarpolitik der Bundesregierung und steht für Exportdumping auf der einen Seite und Importe von gentechnisch veränderten Futtermitteln auf der anderen Seite, für Megaställe mit qualvoller Tierhaltung, hohe Umweltbelastungen und Bauern, die von der Agrarindustrie verdrängt werden.

Ein breites Bündnis aus Bäuerinnen und Bauern, VerbraucherInnen, Umwelt- und TierschützerInnen, Eine-Welt-Gruppen und Arbeitsloseninitiativen ruft daher gemeinsam zur Demonstration und Schlachthof-Umzingelung am 31. August 2013 in Wietze auf. Parallel dazu findet vom 29. August bis 1. September 2013 das „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Sommercamp statt mit einem vielfältigen Workshop-Programm zu zukunftsfähiger Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion.

Weitere Informationen, Flyer und Plakate sowie Tipps zur Anreise gibt es unter

www.wir-haben-es-satt.de



Veranstalter: Kampagne Meine Landwirtschaft

Veränderung trotz Stillstand

Neuer Generaldirektor deutet auf Kräfteverschiebung in der WTO

Seit der Totalblockade der Verhandlungen der Doha-Runde 2008 ist es um die Welt handelsorganisation WTO ruhig geworden. Trotzdem gingen im Frühjahr dieses Jahres insgesamt neun KandidatInnen ins Rennen um die Nachfolge des nach zwei Amtszeiten ausscheidenden Franzosen Pascal Lamy. Die Generaldirektoren des GATT-Sekretariats, der Vorläuferorganisation der WTO, waren alle Europäer. Und auch die 1995 gegründete WTO wurde fast immer von Männern aus Industriestaaten geführt. Diesmal kamen die meisten KandidatInnen aus Schwellen- und Entwicklungsländern. Schließlich setzte sich der brasilianische WTO-Botschafter Roberto Azevêdo durch. Seine Nominierung symbolisiert die veränderten politischen Gewichte im Welthandelssystem und möglicherweise eine leichte ideologische Verschiebung.

Azevêdo und sein Heimatland Brasilien vertreten bislang einen handelspolitischen Ansatz, der im Rahmen einer durchaus angestrebten Liberalisierungsagenda stärker auf die Interessen armer Bevölkerungsgruppen und den Aufbau neuer Wirtschaftszweige achten will. Das schließt durchaus ein, einzelne Sektoren zeitweise von der Liberalisierung auszunehmen und in Ausnahmefällen den Schutz sogar anzuheben. Deshalb kann Brasilien in der WTO gemeinsame Positionen mit Ländern wie Indien und Indonesien entwickeln, die ihre überwiegend kleinbäuerliche Landwirtschaft schützen und unterstützen wollen. Damit wurden Brasilien und Indien zu den führenden Kräften der Gruppe der 20 in der WTO, die in den Agrarverhandlungen den stärksten Gegenpol vor allem zu den USA bildete. In der WTO-G20 sind, anders als bei der G20-Gruppe der größ-

ten Volkswirtschaften, nur Schwellen- und Entwicklungsländer vertreten.

USA, EU und Japan hatten zusammen mit den meisten anderen Industriestaaten zuletzt für den verbleibenden Gegenkandidaten, den ehemaligen mexikanischen Handelsminister Blanco votiert, der eine klassischere Freihandelsposition vertritt. Noch vor zehn Jahren wäre er so auf den Posten des Generaldirektors gekommen. Doch inzwischen können sich die Industrieländer – von vielen als „newly decreasing countries“ wahrgenommen – nicht mehr einfach gegen die Schwellen- und Entwicklungsländer durchsetzen. Der schwache Widerstand der Industriestaaten lag sicher auch daran, dass niemand mit einer baldigen Bewegung in den Doha-Verhandlungen rechnet. Lamy wird bis zum Ende seiner Amtszeit im September noch

versuchen, eine Einigung bei wenigen Themen für die Ministerkonferenz in Bali im September vorzubereiten. Die USA signalisierten jedoch, dass sie Forderungen der Entwicklungsländer für mehr Fördermöglichkeiten kleinbäuerlicher Landwirtschaft ablehnen. Auch beim Abbau administrativer Handelshemmnisse zeigen sich noch viele praktische Hürden. Lamy, der in den

letzten Jahren immer wieder unbegründeten Optimismus bezüglich einer Einigung verbreitet hatte, äußerte jüngst, dass es bei der Vorbereitung der Bali-Konferenz bis jetzt zwar viel Aktivität, aber wenig Fortschritte gegeben hat.

Die Wahl Azevêdos unterstreicht das wachsende Gewicht der Schwellenländer in der interna-

tionalen Wirtschaftspolitik. Dass deshalb die Industriestaaten zu neuen Kompromisslinien bereit sind, ist dennoch nicht bald zu erwarten. Die Wahl Azevêdos war aber ein kleiner Schritt in diese Richtung.

Tobias Reichert

Freihandel statt Umwelt- und Klimaschutz?

EU und USA beginnen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen

224 Milliarden Euro im Jahr – so viel zusätzliches Wirtschaftswachstum versprechen die Europäische Kommission und die US-Regierung als Ergebnis eines Investitions- und Freihandelsabkommens (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership) zwischen den beiden immer noch größten Handelsmächten. Der transatlantische Handel ist allerdings schon jetzt weitgehend liberalisiert. Die klassischen Handelshemmnisse (Zölle) betragen im Durchschnitt nur noch etwa drei Prozent und Mengenbegrenzungen für die Ein- und Ausfuhr von Gütern bestehen gar nicht. Die Verhandlungen werden sich daher zwar damit beschäftigen, wie schnell die Zölle ganz abgebaut werden und welche wenigen Ausnahmen es davon geben soll. Dies wird aber nur wenige Produkte und Sektoren stark betreffen – mit Milch allerdings ein wichtiges Agrarprodukt. Das könnte dazu führen, dass sich der schon rasant stattfindende Strukturwandel in der EU hin zu intensiveren Tierhaltungsformen weiter beschleunigt.

Viel größere Handels- und Wachstumseffekte sollen sich aber aus dem Abbau der „nicht-tarifären“ Handelshemmnisse ergeben. Das sind Kosten, die den Exporteuren durch unterschiedliche Vorschriften und Standards für viele Güter und Dienstleistungen in der EU und den USA entstehen. Es ist nicht vorgesehen, die Standards zu vereinheitlichen, wie dies die EU-Länder im Binnenmarkt tun. Vielmehr geht es meist darum, dass die nach dem jeweils in einem Land gültigen Standard hergestellten Produkte ohne Einschränkung vermarktet werden können.

Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz als Verhandlungsmasse

Nun werden Standards in der Regel nicht mit dem Ziel eingeführt, den Handel zu beschränken, sondern meist um Verbraucher- und Umweltschutz zu verbessern. Entsprechend sind die Unterschiede zwischen EU und USA hier in unterschiedlichen politischen Schwerpunkten und wissenschaftlichen Analysen begründet. Besonders prominent sind diese bei Lebensmit-



Foto: Fotolia, galiam

Lassen sich genetisch manipulierte Produkte aus den USA in Europa bald einfacher vermarkten?

teln. Die USA erlauben zum Beispiel anders als die EU die Desinfektion von Hühnerfleisch mit Chlorwasser und die Behandlung von Rindern mit Wachstumshormonen und sind sehr viel großzügiger bei der Zulassung gentechnisch veränderter Organismen (GMO). Auch die 2006 eingeführte EU-Chemikalienrichtlinie REACH, nach der langfristig sämtliche Substanzen auf Gesundheits- und Umweltrisiken geprüft werden, geht über US-Regeln hinaus. Dagegen sind die USA bei der Zulassung von Medikamenten strenger. Auch Vorschriften, die dem Klimaschutz dienen, wie Energieeffizienzvorgaben oder entsprechende Kennzeichnungen, können Beschränkungen im Handel zur Folge haben und damit Gegenstand der TTIP-Verhandlungen werden.

In der Welthandelsorganisation WTO gab es schon einige Streitfälle zwischen EU und USA zu unterschiedlichen Standards. Es ist sehr wahrscheinlich, dass viele dieser Konflikte in den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen wieder aufflammen. Die EU-Kommission betont zwar, es werde nicht zu einem Aufweichen europäischer Standards bei Umwelt- und Verbraucherschutz kommen. Dann ist allerdings unklar, wie es zu den prognostizierten Wachstumseffekten kommen soll. Zudem haben US-amerikanische Firmen und Lobbyverbände beispielsweise die einfachere GMO-Zulassung als zentrale Forderung definiert.

Noch vor Beginn der Verhandlungen trat ein weiterer Konfliktpunkt ins Rampenlicht: US-amerikanische Internetanbieter und Onlinehändler fordern besseren Zugang zu den Daten ihrer europäischen Kunden. Dies ist vor dem Hintergrund des Datensammelkandals in den USA besonders brisant. Durch die Meldungen, dass US-Geheimdienste auch die EU-Botschaft in Washington abgehört haben, ist das Vertrauen erst einmal schwer beschädigt.

Eine bessere Koordination von Vorschriften und Standards zu Klima-, Umwelt- und Verbraucherschutz zwischen den USA und der EU wäre sicher sinnvoll. Ein Verhandlungsforum, das diese vor allem als Handelshemmnisse betrachtet, ist aber die falsche Plattform.

Tobias Reichert

Warum ich Germanwatch wichtig finde



Dr. Erhard Eppler

Entwicklungsminister a.D., langjähriges Mitglied und heute Ehrenmitglied der Grundwertekommission der SPD

„Ich unterstütze Germanwatch seit der Gründung, weil diese Organisation weit-sichtig die Herausforderung für die Armen und die Handlungsnotwendigkeiten angesichts der Grenzen auf diesem Planeten zusammen denkt. Germanwatch hat hier immer die Rolle der deutschen Regierung und Unternehmen im Blick und schlägt häufig konsistente und kreative Lösungen vor. Germanwatch lässt sich von der existierenden Komplexität nicht abschrecken. Solche konstruktiven Querdenker können dem Ansehen und der Rolle Deutschlands in der Welt nur gut tun.“

Abos und neue Germanwatch-Publikationen

- Kostenloses Abo: Die Germanwatch-Zeitung „Weitblick“ per Post (vierteljährlich).
www.germanwatch.org/de/weitblick
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter Germanwatch-Kurznachrichten (alle sechs Wochen)
www.germanwatch.org/de/abos-bestellen
- Kostenloses Abo: E-Mail-Newsletter KlimaKompakt (1 bis 2 Aussendungen pro Monat), mit aktuellen Berichten zum Klimaschutz.
www.germanwatch.org/de/klimakompakt
- _____ Exemplare dieser Zeitungsausgabe. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/weitblick
- Studie: Schweine im Weltmarkt. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/6351
- Faltposter: Konkurrenz oder Kooperation? Wohin steuert die europäische Handelspolitik? Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/6623
- DVD: Kurzfilme für die Große Transformation. 5 Euro.
www.germanwatch.org/de/6301
- Flyer: Gut fürs Klima. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/6687
- Positionspapier: Entscheidungen für eine sozial und ökologisch zukunftsfähige Gesellschaft.
Germanwatch zur Bundestagswahl 2013. Kostenlos.
www.germanwatch.org/de/6335
- Studie: Aus ODAstan nichts Neues: Es gilt das gebrochene Wort. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6870
- Briefing Paper: Using EU ETS Auctioning Revenues for Climate Action. 5 Euro. www.germanwatch.org/de/6855
- Konferenzbericht: NGO Dialogue on Transformation. Nur als kostenloser Download: www.germanwatch.org/de/6552
- Fallstudien: Unabhängige Einblicke aus verletzlichen Entwicklungsländern. Auf Englisch oder Französisch. 8 Euro. www.germanwatch.org/en/6440 bzw. www.germanwatch.org/fr/6501

Die oben aufgeführten Publikationen können Sie im Internet kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen, zzgl. 2 Euro Versandkostenpauschale. Mitglieder, Förderer und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis.

Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung: versand@germanwatch.org, Tel. (0228) 60492-0, Fax (0228) 60492-19, oder per Post an Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn.

www.germanwatch.org/de/publikationen

Name _____

Vorname _____

Evtl. Organisation/Firma _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Tel./Fax _____

E-Mail _____

Wer wir sind – was wir wollen

Ziele von Germanwatch

Germanwatch ist eine gemeinnützige und unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation. Wir engagieren uns seit 1991 für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Klimaschutz und Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima und Entwicklung / Ernährung sind unsere Themen.

Bei unseren Tätigkeiten konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Germanwatch lebt von der Unterstützung seiner Mitglieder und Förderer. Machen Sie mit! Vielen Dank!

Kontakt

Berlin: Germanwatch e.V.,
Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1

Bonn: Germanwatch e.V.,
Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19

Internet: www.germanwatch.org,
E-Mail: info@germanwatch.org

Spenden

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 205 00). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V.,
Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Daniela Baum,
Christoph Bals, Gerold Kier. Stand: Juli 2013.
Layout: Dietmar Putscher, Köln. Auflage 105.000.

Gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei Germanwatch.

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Termine

■ **Berlin, 16.-18.08.13:** Seminar „Grenzenlose Welt? Folgen der Globalisierung in Nord und Süd“ mit Alexander Reif. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/7055

■ **Bergheim, 25.09.13, 19.30 Uhr:** Vortrag „Klimawandel – ein Thema für Familien?“ von Stefan Rostock. Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/6008

■ **Viersen, 28.11.13, 19.30 Uhr:** Vortrag und Podiumsdiskussion „Sustainable development goals: Gutes Leben für alle?“ mit Manfred Böttcher (VHS) und Stefan Rostock (Germanwatch).
Weitere Infos: www.germanwatch.org/de/6789

Ja, ich unterstütze Germanwatch...

- Ich spende an Germanwatch einmalig den Betrag von _____ € per Lastschrift.
- Ich werde Fördermitglied von Germanwatch und zahle
 - monatlich halbjährlich jährlich
 den Betrag von _____ € (Mindestbeitrag: 5 € monatlich / 30 € halbjährlich / 60 € jährlich).

Ich bin damit einverstanden, dass Germanwatch diesen Betrag von meinem Konto abbucht.

Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit kündigen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein kontoführendes Kreditinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Konto-Nr. _____

Geldinstitut _____

BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Name _____

Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Bitte einsenden an:
Germanwatch e.V., Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin

Sie können auch per Überweisung spenden (Bankverbindung siehe Impressum).

Ihre Spende ist steuerabzugsfähig. Anfang des kommenden Jahres erhalten Sie ab einer Spende von 25 € automatisch eine Spendenquittung. Bei Beträgen darunter legen Sie Ihrer Steuererklärung einfach den Kontoauszug bei.